# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 140. | Dresden, Donnerstag den 20. Juni 1912. | 23. Jahrg.


## Das leichtsinnig aufgepflanzte Fähnlein.

**Der Kaiser über die Marokkopolitik.**

Der Kaiser hat am Dienstag bei dem Diner des Norddeutschen Regattavereins in Hamburg einige Worte zu den vorjährigen Marokkoereignissen gesagt. Da derartige Worte gerade im Auslande viel beachtet zu werden pflegen, so können sie, obschon sie an sich nichts allzu Besonders besagen, auch uns nicht nebensächlich sein.

Die ganze Veranstaltung an Bord eines Dampfers der Hamburg-Amerika-Linie war natürlich stark auf Kaiserverherrlichung und auf Flottenbegeisterung gestimmt. Der Hamburger Bürgermeister Dr. Burchard erging sich in überschwänglichen Worten von „deutscher Kaisertreue" sowie von „stolzem und selbstbewußtem Deutschtum". Er verstieg sich — wir wissen nicht, bei welchem Glas edlen Weines er angelangt war — zu der kühnen Behauptung: „Heute sind alle Deutschen in gewissem Sinne Seedeutsche. Denn alle sind meeresfroh und flottenfroh und froh des deutschen Kolonialbesitzes." Der Hamburger Bürgermeister hat in der Festesfreude ganz vergessen, daß eine gewaltig große Zahl Deutscher zwar den deutschen Welthandel begrüßt, aber die kriegerische Flottenrüstung als vaterlandsschädlich und unkulturell ablehnt. Und bei seiner Freude über den Kolonialbesitz hat er wohl an die neueste Erwerbung, den herrlichen Kongo, überhaupt nicht gedacht.

Der Trinkspruch, mit dem der Kaiser antwortete, beschränkte sich zumeist auf Erinnerungen an die alte Hansa und Lobpreisungen der heutigen Reichsmacht, wie sie der Kaiser ihm oft zum Vortrag gebracht hat. Bemerkenswert sind nur die Anspielungen auf die Marokkoereignisse. Er sagte:

„. . . . Aber, wie Sie allen wissen, meine Herren, die Flagge muß in Ehren wehen, und es darf nicht leichtsinnig ihr Tuch in den Winden entfaltet werden, und nicht leichtsinnig darf sie aufgepflanzt werden, wenn man nicht sicher ist, sie verteidigen zu können. Sie werden es verstehen, warum ich Zurückhaltung geübt habe in der Ausbreitung der deutschen Flagge, wo sie vielleicht von manchem gewünscht und ersehnt war. Ich habe mich von einem alten hanseatischen Standpunkt leiten lassen, und der steht in markigen Lettern am Rathaus zu Lübeck: „Das Fähnlein ist leicht an die Stange gebunden, aber es kostet viel, es mit Ehren wieder herunter zu holen." Nun, meine Herren, ich glaube dies wohl dahin dizieren zu können, daß bisher der Ehre unserer Flagge noch niemand zu nahe getreten ist, so lange ich regiere, dafür kann ich mich einsetzen, und dafür kann ich stehen, da, wo Sie vorangehen, da wird meine Flagge Ihnen folgen. (Bravo!)"

Mit dieser Aeußerung nimmt Wilhelm II. zum ersten Male persönlich Stellung zu den auswärtigen Vorgängen im letzten Jahre. Seine Meinung deckt sich ungefähr mit der Politik, wie sie nach mancherlei Wirren Bethmann-Hollweg und Kiderlen im November vor dem Reichstag vertreten haben. Und doch weicht diese Aeußerung in gewisser Hinsicht nicht unbeachtlich ab von den damaligen Erklärungen der Regierungsvertreter.

In erster Linie wendet sich die Aeußerung des Kaisers gegen den alldeutschen Leichtsinn, der damals unbedingt die Festsetzung in Südwestmarokko als „nationale Ehrensache" forderte und bis auf den heutigen Tag Klagelieder über die verlorene Gelegenheit anstimmt. Der Kaiser sagt: Ich muß Zurückhaltung üben und kann das nicht alles machen, was „mancher" wünscht, die Fahne ist leicht aufgepflanzt, aber wie geht es weiter? So weit, so gut. Jedoch, auch der Kaiser gibt ebenso wenig wie seinerzeit Bethmann und Kiderlen befriedigende Auskunft über den Urgrund aller damaligen Beunruhigungen und aller jener unsäglichen Hoffnungen und Treibereien der Alldeutschen, über die Entsendung des Panther nach Agadir. Diese Handlung gerade ließ die Zurückhaltung ganz und gar vermissen, die der Kaiser selbst für erforderlich erklärt. Sie bedeutete in den Augen der Welt eine Flaggenhissung, wie sie eine ruhige und vorausschauende Politik auf keinen Fall vornehmen durfte. Für diesen ungeheuer schweren Fehler, dessen böse Nachwirkungen noch längst nicht beendet sind, der vielmehr die ganze internationale Situation weiter so sehr verschärft hat, bringen die neuen Aeußerungen Wilhelms II. keine Erklärung und keine Entschuldigung.

Ueber diesen Mangel hinaus ist die Aeußerung des Kaisers aber auch von nicht geringer internationaler Tragweite und Bedenklichkeit. Es ist kein Zufall, daß die flottenbegeisterte Presse trotz der Mahnung, die der Kaiser an sie richtet, mit seinen Worten sehr zufrieden ist. Konservative und nationalliberale Blätter sagen schon mit gewissem Recht, der Kaiser habe nur deshalb Zurückhaltung bewiesen, weil die Waffengewalt der Franzosen und Engländer übermächtig in den Weg trat. Sie folgern daraus, daß immer neue Kriegsrüstungen nötig seien, dann werde Deutschland nicht mehr zurückhaltend sein müssen. In der Tat erwecken die Worte des Kaisers den Eindruck, als wollte er sagen: Ich hätte schon gern ein Stück Marokko genommen, aber ich konnte nicht! Eine solche Meinung aber steht im Gegensatz zu den Darlegungen der Regierungsvertreter, die dem deutschen Volke erklärt haben, daß in Südmarokko überhaupt nichts Wertvolles für unser Volk — abgesehen von vereinzelten kapitalistischen Firmen — zu holen sei und daß jedenfalls der Aufwand an Kosten für kriegerische Expeditionen und dergleichen in gar keinem Verhältnis stehen würde zu den etwaigen Vorteilen. Die Regierungsvertreter sagten also damals nicht: Wir konnten nicht, sondern: Wir wollten nicht. Der Unterschied ist namentlich auch in seiner Wirkung auf das Ausland sehr groß. Wenn die Engländer und Franzosen aus den Worten des Kaisers entnehmen müssen, daß er den Rückzug von Agadir nur der Not gehorchend angetreten hat und daß er aber lieber eine andere, eine aggressive Politik verfolgt hätte, so werden sie daraus eine neue Bestätigung ihres Mißtrauens entnehmen und noch weniger an die Versicherungen glauben, daß die neuen deutschen Kriegsrüstungen nur defensive Zwecke verfolgen.

Es ist nun einmal das Geschick der politischen Reden Wilhelms II., daß sie, selbst wenn sie von Besonnenheit und Zurückhaltung sprechen, dennoch Mißverständnisse und Schwierigkeiten schaffen.

## Ein neuer Papstbefehl.

Der grimme Streit der katholischen Brüder hat eine neue Wendung genommen. Den Kirchenobersten mag angst und bange geworden sein ob der Gehässigkeiten und Verunglimpfungen, mit denen sich die getreuen Schäflein der beiden Richtungen wechselseitig überschütteten. Jetzt kommt aus Rom die Losung: Nun ist's genug! Ruhe halten auf allen Seiten! Die Augsburger Postzeitung erhielt von der päpstlichen Nunziatur in München folgende Kundgebung zur Veröffentlichung:

„Da die verdrießliche und schädliche Polemik bezüglich der Arbeiterorganisationen in Deutschland fortdauert, ist es der lebhafteste Wunsch des heiligen Vaters, daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse, einstellen und es dem heiligen Stuhle überlassen, diese wichtige Frage im Einverständnis mit den Bischöfen zu prüfen und dann angemessene Verhaltungsmaßregeln zu geben. Der heilige Vater hegt das vollste Vertrauen in die Ergebenheit der Söhne der Kirche in Deutschland, daß sie diesem seinem Wunsche nachkommen."

Erst hat der Vatikan durch seine Stellungnahme für die streng konfessionelle Richtung den Streit heraufbeschworen und nun, da sich die feindlichen Brüderlein wüst in den Haaren liegen, fordert Rom zur Abrüstung des Streites auf und vertröstet auf spätere „angemessene Verhaltungsmaßregeln". Die christlichen Gewerkschaften sollen auch nicht einmal die Befugnis zu selbständiger Meinungsäußerung haben, wenn sie aufs schwerste angegriffen werden, sie sollen schweigen und abwarten, bis ihnen aus der Höhe der kirchlichen Würdenträger übermittelt werden wird, wie sie sich zu verhalten haben. Ein weiterer Beweis wird erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften gänzlich unfähig sind, Arbeiterinteressen selbständig zu wahren, da sie, mögen sie noch so heftig zappeln, an die Verhaltungsmaßregeln, die Rom erteilt, gebunden sind.

Was wird nun die nächste Folge dieses letzten päpstlichen Ukases sein? Werden beide Richtungen das Schweigegebot achten, und welche Wirkungen müßten sich daraus ergeben? Kein Zweifel: die Berliner werden sich dem päpstlichen Willen gern unterwerfen, sie können in Geduld abwarten, wie sich die Kurie endgültig entscheiden wird. Der Gehorsam fällt ihnen leicht. Sie wissen ganz genau, daß, auf welchen Ausweg die Kurie am Ende auch verfallen mag, die Entscheidung sicher nicht gegen Berlin lauten wird. Sie kann um ihre wahre Meinung über die christlichen Gewerkschaften herumreden, sie kann diese Organisationen sogar ausdrücklich als zu duldende hinstellen, doch wird sie niemals einen Zweifel darüber lassen, daß „Berlin" das bessere Teil erwählt hat.

Schlimm stehen die Dinge auf der Seite der Bachemiten und ihrer Gewerkvereine. Die „Christen" haben in den letzten Wochen eine recht lebhafte Agitation entfaltet. Sie haben Versammlungen einberufen, Resolutionen angenommen und auch in ihren Fachblättern weidlich Lärm geschlagen. Nun sollen sie auf einmal verstummen und abwarten, bis Rom sich eine Meinung gebildet hat und „entsprechende Verhaltungsmaßregeln" erteilt. Das ist sehr viel verlangt, aber wenn sie dem Gebot nicht folgen, kommen sie in eine sehr böse Situation. Wenn ihre Gegner schweigen und sie selbst weiter lärmen, dann sagt man in Rom: „Aha, die Katholiken in den Gewerkschaften gehorchen den Befehlen des heiligen Vaters nicht mehr", und ihre Position ist von vornherein sehr ungünstig. Auch müssen sie in diesem Fall gewärtig sein, daß die Kölnische Volkszeitung und die anderen Zentrumsorgane, die bisher mit einem mehr oder weniger schlechten Gewissen die gewerkschaftliche Sache verteidigt haben, ihnen nicht mehr in demselben Maße wie in den letzten Wochen zur Verfügung stehen, im Gegenteil sogar angefangen werden, ihnen die kalte Schulter zu zeigen. Soweit geht die Sympathie der Bachemiten denn doch nicht, daß sie um der Arbeiter willen den Kredit, den das Zentrum in Rom genießt, vollends aufs Spiel setzen und den Osterdienstagsleuten die Wege ebnen. Sie werden ihren ganzen Einfluß aufbieten, um das Temperament der Gewerkschaftler zu dämpfen. Wenn ihnen dieses aber gelingt, so wird es den „interkonfessionellen" Verbänden in Rom auch nicht viel nutzen, und andererseits bringen diese Verbände einen neuen und absolut unumstößlichen Beweis für ihre Abhängigkeit von der Kurie. Alle Versuche, die feinen Unterscheidungen zwischen dem Gehorsam in geistlichen und dem in weltlichen Dingen zu machen, werden nur lächerlich wirken. Das ist die Zwickmühle, in der sich die christlichen Gewerkschaften infolge ihrer innerlich unwahren Politik befinden. Diese Gewerkschaften haben es niemals gewagt, sich das Hineinreden Roms rücksichtslos und ohne Umschweife zu verbitten. Wer dem „heiligen Stuhl" das Recht zuspricht, die Gewerkschaften anzuerkennen, der kann ihm das Recht nicht aberkennen, sie zu verurteilen, und der übernimmt die Pflicht, all seinen Weisungen, die sich auf Wesen und Taktik der Arbeiterorganisationen beziehen, zu parieren.

* * *

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erläßt in der Köln. Volksztg. eine Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß in Rücksicht auf den ohnehin im Herbst stattfindenden ordentlichen Kongreß ein außerordentlicher Kongreß jetzt nicht anberaumt werden soll. Weiter wendet sich die Erklärung nochmals in heftigsten Worten gegen den „Verleumdungsfeldzug der katholischen Fachabteilungsbewegung".

## Die englische Wahlreformbill.

lk. London, den 18. Juni

Die liberale Regierung hat soweit Wort gehalten. Die in der Thronrede versprochene allgemeine Reform des Wahlrechts liegt nunmehr dem Parlament vor. Die Vorlage will nicht alle fälligen Reformen auf dem Gebiete des Wahlrechts verwirklichen und gibt zu, bloß eine Abschlagszahlung zu sein. Sie enthält weder die staatliche Deckung der Wahlkosten noch die Abschaffung der amtlichen Wahlgebühren, sie bringt nicht die längst fällige Neueinteilung der Wahlkreise, keine Schutzmaßregeln gegen die Wahlkorruption und vor allem auch kein Stichwahlen- oder Proportionalsystem. Kurz, die wichtigsten der englischen Wahlrechtseigentümlichkeiten, die unerschwinglichen Wahlkosten und die Entscheidung der relativen Mehrheit, die Einrichtungen, auf denen das plutokratische Zweiparteiensystem in erster Linie beruht, bleiben fortbestehen, wenn auch allerdings die Regierung die Einbringung von Gesetzesvorschlägen in dieser Richtung für einen künftigen Zeitpunkt in Aussicht stellt.

Trotzdem ist das, was die Vorlage vorschlägt, keineswegs zu verachten. Und wenn man bedenkt, was sich die englische Regierung in dieser Session bereits auf den Rücken geladen hat, daß sie außer den gewöhnlichen parlamentarischen Geschäften auch noch die Homerulebill und die Entstaatlichung der Kirche in Wales erledigen muß, dann wird man ihr eine gewisse Achtung nicht versagen können, zudem sie jetzt noch eine große Wahlreform unternimmt, die die hochwichtige und heikle Frage des Frauenwahlrechts ganz ernsthaft auf den parlamentarischen Kampfplatz stellt. Allein, auch hier haben wir es nur mit einer automatischen Folge des Parlamentsgesetzes zu tun. Die Wahlreformvorlage muß in dieser Session das Unterhaus passieren, wenn sie vor dem natürlichen Ende dieser Parlamentsperiode gegen den sicheren Widerstand des Oberhauses Gesetz werden soll. Deshalb mußte die Regierung die Wahlreform einbringen, wenn sie nicht offen verkünden wollte, daß sie die ganze Sache fallen gelassen habe. Die Einbringung der Vorlage ist dagegen noch lange keine Garantie dafür, daß sie auch wirklich Gesetz werden wird.

Die Vorlage fegt all die vielen unklaren und widerspruchsvollen Wahlrechtsqualifikationen, die jetzt in England bestehen, weg, schafft auch die komplizierten und sehr undemokratischen Bestimmungen über die Anfertigung der Wahllisten ab und führt als einzige Wahlrechtsqualifikation eine Wohndauer von sechs Monaten in dem betreffenden Wahlkreise ein. Bei Umzug in einen anderen Wahlkreis behält der Wähler sechs Monate hindurch sein Stimmrecht im alten Wahlkreis weiter. Auch die Bestimmungen über die Zusammenstellung und die Veröffentlichung der Wahllisten und die Anfechtung der Wahlberechtigung vereinfachen das gegenwärtige System sehr wesentlich. Die untere Altersgrenze bleibt wie bisher 21 Jahre. Das Pluralvotum, das jetzt insofern besteht, als eine Person in mehreren Wahlkreisen stimmberechtigt sein und dieses Recht auch in allen ausüben kann, wird abgeschafft, ebenso die Universitätswahlkreise. Die Disqualifikation der Peers wird ebenfalls abgeschafft, aber sie dürfen auch weiterhin nicht ins Unterhaus gewählt werden. Das Gesetz soll spätestens am 1. Juni 1914 in Kraft treten.

Die Wirkungen der Reform schätzt der Unterrichtsminister Pease, der die Vorlage gestern im Unterhause einbrachte, folgendermaßen ein: Die Gesamtzahl der männlichen Personen von über 21 Jahren im ganzen Reiche ist etwas über 12 Millionen. Von diesen sind jetzt etwa 4600000 nicht stimmberechtigt. Die neue Wahlreform wird etwa der Hälfte dieser Personen, also rund 2¼ Millionen, das Stimmrecht geben. Dagegen wird sie etwa 525000 Pluralstimmen und rund 50000 Universitätsstimmen, die meist ebenfalls Pluralstimmen darstellen, abschaffen. Mit anderen Worten, während jetzt 7½ Millionen Personen 8 Millionen Stimmen besitzen, werden nach der Wahlreform 10 Millionen Personen je eine Stimme, also zusammen 10 Millionen Stimmen besitzen.


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120620/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG